

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

§ 3. Die antisemitische Petition und die Exzesse

gender Einfluß aus Rasse-Eigentümlichkeiten entspringt, welche die deutsche Nation weder annehmen will noch darf, ohne sich selbst zu verlieren. Diese Gefahr ist erkennbar und bereits von vielen erkannt . . . Auf den bestehenden, die kapitalistischen Interessen bevorzugenden und unter jüdischer Einwirkung entstandenen Gesetzen fußend, gestützt auf die Reichtümer, welche man mit geschickter und rücksichtsloser Ausnützung dieser Gesetze durch Wucher, Börsenspiel, Bank- und Aktienwesen erworben hat; Bildner der öffentlichen Meinung mittels einer zum großen Teil durch sie beeinflußten, feilen, gewissenlosen und korrumpierten Presse — hat es die jüdische Rasse verstanden, ihren unheilvollen Einfluß beständig zu steigern, so daß derselbe heute schon nicht allein die wirtschaftlichen Verhältnisse und den Wohlstand des deutschen Volkes, sondern auch seine Kultur und Religion mit den ernstesten Gefahren bedroht. Diese Gefahren müssen sich naturgemäß in dem Maße steigern, als es den Juden gelingt, scharenweise in Berufszweige und namentlich in amtliche Stellungen einzudringen, welche ihnen früher verschlossen waren . . . Wie das Judentum eine tatsächliche Macht ist, so kann es auch durch reelle Machtmittel bekämpft werden“.

Auf Grund dieser den Stil Stöckers verratenden Expektorationen richteten die Petenten an die Regierung die folgenden Forderungen: 1. die Einwanderung fremdländischer Juden nach Deutschland sei einzuschränken; 2. die Juden seien aus allen verantwortungsvollen Staatsämtern zu entfernen und dürften insbesondere nicht als Einzelrichter fungieren; 3. zwecks Wahrung des christlichen Charakters des Unterrichtswesens seien in der Volksschule ausschließlich christliche Lehrkräfte zu verwenden, und zwar selbst in dem Falle, daß sich die Schülerschaft zum größten Teil aus jüdischen Kindern zusammensetzen sollte; aber auch in den Mittel- und Hochschulen dürften Lehrämter Juden nur in seltenen Ausnahmefällen und jedesmal mit einer speziellen Begründung übertragen werden; 4. sei in Deutschland von neuem eine besondere Judenstatistik einzuführen.

Diese Anregungen waren sicherlich ganz nach dem Geschmack der preußischen Regierung: stand doch diese auch ohnehin nicht an, in den von den Petenten bezeichneten Zweigen des Staatsdienstes die verfassungsmäßig garantierte Gleichberechtigung der Juden mit Füßen zu treten. Der reaktionäre Kultusminister von Puttkamer hatte verfügt, daß Juden nicht als Gymnasiallehrer geduldet werden sollten, während im Verwaltungsbereiche der anderen Ministerien selbst die geeignetsten jüdischen Amtskandidaten in der Regel nur zu untergeordneten Posten zugelassen zu werden pflegten. Auch die Einwanderung der Juden aus Polen und Rußland stieß schon immer auf den Widerstand der preußischen Behörden, so daß die antisemitische Petition höchstens eine Verschärfung dieser Unterdrückungsmaßnahmen